

Pressemitteilung

Baden-württembergische Wirtschaft legt Forderungspapier zur Abfederung des Energiepreis-Schocks für Unternehmen vor

Dick: „Der massive Anstieg der Energiekosten ist für viele Unternehmen schlicht nicht mehr zu verkraften. Deshalb müssen Bund und Land jetzt rasch umfassende Entlastungsmaßnahmen in die Wege leiten“

29.09.2022

STUTTGART – Um die existenzielle Bedrohung der Wirtschaft im Südwesten durch die gegenwärtige Energiekrise abzuwenden, fordern die Unternehmer Baden-Württemberg (UBW) von Bund und Land ein durchgreifendes Entlastungsprogramm für die Firmen. „Der massive Anstieg der Energiekosten ist für viele Unternehmen schlicht nicht mehr zu verkraften. Sie können diese Kostenexplosion keinesfalls über entsprechende eigene Preise kompensieren. Deshalb muss die Politik jetzt rasch und umfassend handeln, um die Folgen dieses Preisschocks für die Wirtschaft abzufedern“, sagte UBW-Hauptgeschäftsführer Peer-Michael Dick am Donnerstag in Stuttgart anlässlich der Veröffentlichung eines Forderungspapiers des Dachverbands, der rund 70 Mitgliedsverbände sowie etwa 100 Einzelunternehmen aus Industrie, Dienstleistung, Handel, Handwerk und Landwirtschaft in Baden-Württemberg vertritt.

„Wir müssen in der Energiepreiskrise dringend ‚vor die Lage‘ kommen“, erklärte Dick. Deshalb sprechen sich die UBW in ihrer Resolution für eine Deckelung der Gaspreise aus. Zudem fordern sie, dass die Grenzkosten von Gaskraftwerken nicht mehr preisbestimmend im Strommarkt sein dürfen. „Damit die Gaskraftwerke dann dennoch bei hoher Stromnachfrage weiter für die Erzeugung bereitstehen, müssen die EU-Mitgliedstaaten die anfallenden Mehrkosten übernehmen“, so der UBW-Hauptgeschäftsführer.

„Die Dramatik beim Strompreis verlangt, dass vorübergehend wirklich alles, was geht, schnell wieder Strom produziert“, unterstrich Dick. So fordern die UBW einen schnellen Hochlauf aller Stein- und Braunkohlekraftwerke, eine Laufzeitverlängerung aller Kernkraftwerke und die maximale Nutzung der Potenziale erneuerbarer Energien. Ein Wohlstandsverlust werde sowieso eintreten, es dürfe aber nicht passieren, dass große Teile der Wirtschaft über fast alle Branchen ins Wanken geraten, weil nicht jede Kilowattstunde am Netz ist, betonte der UBW-Hauptgeschäftsführer. Zudem müsse die Stromsteuer deutlich abgesenkt und der Spitzenausgleich bei der Strom- und Energiesteuer für energieintensive Unternehmen bis 2024 verlängert werden.

Darüber hinaus fordern die baden-württembergischen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände weitere Liquiditätshilfen für die Firmen. Auch brauche es ein unbürokratischeres Vorgehen der Genehmigungsbehörden beispielsweise im Falle eines „Fuel Switch“ – also eines Umstiegs von Gas auf einen anderen Brennstoff.

Die vollständige Resolution finden Sie im Anhang.